Nr. 454
B 225
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 25. September 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Abrüstungsschlacht in Genf

Stahlhelmfanfaren

„Da ward, kaum begonnen, die Schlacht schon gewonnen!" An die siebentausend Berliner Mitbürger haben gestern in innerer Bewegung und mystischer Begeisterung diese Worte des „Niederländischen Dankgebets" zu den Klängen der Blechmusik gesungen. Direkt vor mir stand ein Blinder, kriegsblind auf beiden Augen, und sang mit verklärtem Gesicht.

Ja, nicht nur der jüdische General Josua wußte, daß der Posaunenchor einer guten Regimentskapelle manchmal Schwerter und Lanzen ersetzen kann. Die Veranstalter von Kundgebungen der „nationalen Bewegung" wissen das auch. Man wundert sich nur, daß sie noch soviel Geld für Zeitungen und soviel Mühe für Redner aufwenden, statt einfach überall Militärkapellen einzusetzen.

Die Schlacht, von der die berauschten siebentausend Berliner Mitbürger gestern in seelischem Rausch inbrünstig glaubten, daß sie kaum begonnen, schon gewonnen sein würde, besteht aus einer Reihe von größeren Gefechten, die ganz bestimmte Ziele erkämpfen sollen. Erstens den Umsturz der bestehenden Verfassung, zweitens die Wiederaufrichtung des Kaiserthrons, dann das Hinauswerfen der Franzosen und Engländer aus den besetzten Gebieten, dann die Zerreißung des Diktats von Versailles, die Wiederherstellung der früheren deutschen Grenzen, die Verweigerung jeder weiteren Reparationszahlung. Das ist Alles.

Wenn das alles nicht so traurig, so deprimierend wäre, wenn in dem Publikum, das sich diesem Rausch hingab, nicht wirklich wertvolle deutsche Menschen wären, man könnte in diesem Ton weiterfahren und eine Satire über den Unsinn schreiben, den diese Militärs a. D. da von sich geben, über die Ideenlosigkeit Westarpscher Versammlungsreden, über die immerhin peinliche Situation der diversen anderen deutschnationalen Abgeordneten, die dort oben auf der Bühne saßen und doch merken mußten, daß die „kernigen" Phrasen der Stahlhelmoffiziere gegen das verruchte parlamentarische System und seine Mithelfer unter den Rechtsparteien, dieser Mischmasch verkleckter Drohung und grober Erpressung, an ihre eigene Adresse gerichtet waren.

Das Unerhörte, das Unverantwortliche sind diese Führer in Uniform und Zivil. Wozu wollen sie eigentlich diese Menschen verleiten, deren Erinnerungstreue und vaterländische Sehnsucht sie mißbrauchen? Nur auch nur einer unter den Tausend, die gestern hingerissen klatschen, als Stephany mit leuchtendem Lachen ihnen zuwinkte und sie zum Kampf aufrief gegen den deutschen Staat von heute und gegen die bedrängte Welt von heute, hinter dem gesundheitstrotzenden Gesicht des Stahlhelm-Majors die hunderttausend elenden, vergrämten, hungernden und verstümmelten Gesichter gesehen, die in deutschen Städten und deutschen Dörfern auf leere Arbeitsstätten und vermißte Heime starren würden, wenn sein Programm der Staatsumwälzung und „Befreiung von den Sklavenketten von Versailles" in die Tat umgesetzt würde?

Ist auch nur einem der Gedanke durchs Hirn gezuckt, daß es einfach nicht wahr ist, daß Deutschland im Innern und nach außen am Abgrund stehe und der nächste Schritt den Untergang bringe?

Hat auch nur einer den Unsinn Westarpscher Logik gemerkt, der „jede Teillösung ablehnt", wie ein wirrer Kranker, der sofort und ganz gesund gemacht werden will oder gar nicht? Der jede „Teilheilung" von sich weist?

Hat auch nur einer sich gefragt, mit was dieses Deutschland, das nach den Worten Westarps in schwerster Wirtschaftsnot steckt und nur „vom amerikanischen Pump" lebt, die Aufrüstung bezahlen soll, die er trotzig fordert, wenn „die anderen" nicht endlich abrüsten? Sollten wir etwa um amerikanische Subsidien nachsuchen für Kriegsrüstung? Ist das „die neue Außenpolitik", die mit der „nationalen Bewegung" einsetzen soll? Keiner hat sich's gefragt, aber sie haben alle vor Begeisterung geschrien, als Westarp das Wort „allgemeine Wehrpflicht" von einem Galerie-Zwischenrufer aufnahm, und als er und der Stahlhelm-Rittmeister v. Morozowiz das Wort „Aufrüstung" von sich schmetterten.

Sie haben's alle nicht gemerkt, weil Deutschlandlied, Hohenfriedeberger Marsch, „Deutschland hoch in Ehren", das Niederländische Dankgebet und „Ich hab' mich ergeben" sie in Gefühlsrausch versetzt hatten.

Das Unerhörte, das Unverantwortliche sind diese Führer. Sie wissen, sie müssen wissen, daß sie mit der Seele hungernden Menschen eine Fata Morgana vorgaukeln. Sie wissen, daß sie kein einziges ihrer Versprechen, weder innenpolitisch noch außenpolitisch, weder morgen noch übermorgen, verwirklichen können. Was soll also diese „Aufforderung zur Tat"? Was soll diese neue Erregung der Massen, diese Ankündigung großer Dinge?

Stehen wir wirklich am Abgrund, wie Westarp, wie die Majors behaupten, dann ist es jedenfalls nicht der Moment, Deutschland innerpolitischen Erschütterungen auszusetzen. Das mag beschäftigungslosen Funktionären von „Bünden" nicht einleuchten, ein verantwortungsbewußter Führer einer deutschen Oppositionspartei müßte sich das sagen. Ist aber über den Abgrund, an dem wir nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch wirklich standen, dank der Arbeit der anderen, eine Fels- und Erdschicht gelegt, dünn noch, aber eine vernünftige Belastung ertragend, dann ist, weiß Gott, der kein Vaterlandsfreund, der auf dieser Decke herumtrampeln will, damit sie einstürzt.

Wahres Verantwortungsgefühl einem Lande gegenüber stellt ganz andere Aufgaben, verspricht aber allerdings auch keine so billigen Lorbeeren als die, die man bei den Klängen einer patriotischen Blechmusik pflücken kann.

mtgls.

Bernstorffs Antwort an Briand

jb **Genf**, 25. September

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Die heutige Abrüstungsdebatte der Völkerbundversammlung war das Nachspiel zu der großen Auseinandersetzung zwischen Reichskanzler Müller, Briand und Lord Cushendun am Beginn der 9. Versammlung.

Graf Bernstorff knüpfte an die Kanzlerrede an und betonte, daß es die Aufgabe der ersten Abrüstungskonferenz sei, eine erste Etappe zur Herabsetzung des gegenseitigen Rüstungsstandes darzustellen.

Unnötig, zu sagen, wie sehr die deutsche Delegation bedauert, mit ihrem Antrage in der dritten Kommission nicht durchgedrungen zu sein. Die Argumente, die man uns dabei entgegengehalten hat, bewegen sich in doppelter Richtung. Man hat einerseits Einwendungen gegen die Schlußfolgerung erhoben, die Deutschland aus der Tatsache seiner eigenen Entwaffnung herleiten zu können glaubt, indem man sowohl an der Art der Erfüllung der deutschen Entwaffnungsverpflichtung Kritik übte als auch die Bedeutung und den Grad dieser Abrüstung abzuschwächen suchte. Außerdem hat man die Möglichkeiten, welche für eine wirksame Inangriffnahme der allgemeinen Abrüstung gegeben sind, mit überraschender Skepsis und Zurückhaltung beurteilt. Man hat technische und politische Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt, die der schleunigen Erreichung einer ersten Etappe der allgemeinen Abrüstung entgegenständen, und hat den von Deutschland gewünschten Entschluß zu bestimmten, konkreten Maßnahmen für unratsam oder sogar für gefährlich erklärt.

Leider sehe ich mich genötigt, auf die hier aufgeworfene Frage der Durchführung der deutschen Entwaffnung nochmals zurückzukommen. **Es ist nicht angängig, das schleppende Tempo der Genfer Verhandlungen irgendwie mit dem Hinweis auf die Zeitdauer in Verbindung bringen zu wollen, die die Durchführung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen in Anspruch genommen hat.** Wie steht es denn damit? Ende Januar 1921 war die Stärke der deutschen Reichswehr auf 100 000 Mann herabgesetzt. Schon im Sommer 1920 war die vorgeschriebene

Die Geheimlisten der Reichsbank

Die Quarzlampe bringt es an das Licht

Die Untersuchung in der Kriegsanleihe-Betrugsaffäre hat sich in den letzten Tagen auf zwei Punkte zugespitzt. Auf der einen Seite ist die Frage brennend geworden, ob und in welchem Maße beamtete Personen wissentlich oder unwissentlich zu Werkzeugen der Kriegsanleihebetrüger geworden sind, auf der anderen Seite, ob die zuerst aufgetauchte Vermutung, daß auch gewisse Banken sich zu den Manipulationen hergegeben haben, nicht doch berechtigt gewesen sei.

Wie wir erfahren, hat der Berliner Untersuchungsrichter bei einer Anzahl von Bankinstituten, zum größeren Teile kleineren Banken, Kontenprüfungen angeordnet, um festzustellen, ob auf verschleierten Konten Kriegsanleihebeträge deponiert worden waren. Die Prüfung dieser Konten dauert noch an und wird sich vermutlich über einige Tage erstrecken.

Was die Beschuldigungen gegen Beamte anbelangt, so ist der Verdacht nicht mehr von der Hand zu weisen, daß auf noch nicht geklärte Weise das internationale Betrügerkonsortium Kenntnis der Prüfungsmethoden bekam, die es in späteren Fällen in die Lage versetzten, die Prüfungen zu umgehen.

Zur Klärung dieses letzteren Verdachts ist nunmehr ein höherer Beamter der Reichsbank, **Reichsbankrat Koblinski, vom Untersuchungsrichter zur Vernehmung geladen** worden. Man verspricht sich von der Aussage dieses Beamten die Lüftung eines Geheimnisses, das bisher selbst in den deutschen Bankkreisen unbekannt gewesen war. Es hat sich nämlich überraschenderweise die Tatsache ergeben, daß die Reichsbank in einer Geheimabteilung Material verwahrte, das den jetzigen Angeschuldigten sehr gefährlich werden konnte.

Als der Plan auftauchte, einen Unterschied zwischen Kriegsanleihe-Neubesitz und Altbesitz zu machen, wurde die Einrichtung von Besitzlisten verfügt. Das Reichsfinanzministerium stellte an Hand der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen fest, welche Stücke ohne weiteres als Altbesitz in Frage kämen. Diese Listen wurden später an die Reichsbank abgegeben. Gleichzeitig richtete die Reichsbank ein Laboratorium ein, in dem die eingehenden Anmeldestücke mit Hilfe einer Quarzlampe geprüft wurden, um festzustellen, ob etwa kleinere Veränderungen an den Mänteln oder den Stücken vorgenommen worden waren. Mit Hilfe dieser Untersuchung gelang es, einen großen Teil fälschlicher Anmeldungen zu ermitteln.

In den meisten Fällen wurde den Anmeldern, unter denen sich vorzugsweise Ausländer befanden, mitgeteilt, daß man die Irrtümer aufgedeckt habe, und ähnlich wie im Falle Calmon verzichtete ein Teil der Anmelder freiwillig auf den gesamten Kriegsanleihebesitz. Dennoch stellte sich im Verlauf der Ermittlungen heraus, daß möglicherweise das internationale Betrugskonsortium, dessen Fäden von Amsterdam nach Paris liefen, von diesen Untersuchungsmethoden erfahren hatte, insbesondere, daß eine Geheimabteilung der Reichsbank bestand, in deren Besitz sich eine ziemlich vollständige Liste der berechtigten Altbesitzstücke befand.

Die Vernehmung des Reichsbankrats Koblinski hat sich in erster Linie darauf erstreckt, ob es theoretisch möglich war, daß überhaupt Mitteilungen aus der Reichsbank an die Fälscherkreise gelangt sind, vor allem, ob es denkbar wäre, daß vielleicht eine Abschrift der Listen an das Reichsfinanzministerium oder den Reichskommissar zur Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzes gelangt ist, und somit der Kreis derjenigen, die um das Vorhandensein dieser Listen wußten, größer war, als man ursprünglich anzunehmen glaubte. Irgendein Verdacht, selbst etwa Verbindungen zu dem Konsortium gehabt zu haben, liegt gegen Koblinski nicht vor.

Eine Berliner Korrespondenz deutet heute an, daß möglicherweise hinter den verschiedenen Gruppen ein großer Finanzier gestanden habe, in dessen Auftrag die Kriegsanleiheläufe vorgenommen worden seien. Die Korrespondenz, die im allgemeinen gut unterrichtet ist, deutet an, daß durch ein Geständnis des Verhafteten Bela Grosz der Wiener Industrielle Castiglioni im Hintergrunde aufgetaucht sei. Castiglioni habe die Wiener Firma des Bela Grosz finanziert. Den Berliner Untersuchungsbehörden ist von dieser Mutmaßung, wie betont wird, nichts bekannt. Man wird solange mit dem Urteil zurückhalten müssen, bis Bela Grosz, der in diesen Tagen nach Deutschland ausgeliefert werden wird, in Berlin eintrifft und noch einmal eingehend vernommen werden kann.